Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Postscheckkonto: Dresden 1590. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 148. Freitag, 28. Juni 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile 15 Goldpfennige; die 90 mm breite Reklamezeile 100 Goldpfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag notfällig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Trauer um Versailles.

Aufruf des Reichspräsidenten und der Reichsregierung zum Tage von Versailles.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung veröffentlichen folgende Kundgebung:

An das deutsche Volk!

Der heutige Tag ist ein Tag der Trauer. Zehn Jahre sind verflossen, seit in Versailles deutsche Friedensunterhändler gezwungen waren, ihre Unterschrift unter eine Urkunde zu setzen, die für alle Freunde des Rechts und eines wahren Friedens eine bittere Enttäuschung bedeutete. Zehn Jahre lastet der Vertrag auf allen Schichten des deutschen Volkes, auf Geistesleben und Wirtschaft, auf dem Werk des Arbeiters und des Bauern. Es hat zäher und angestrengter Arbeit und einmütigen Zusammenstehens aller Teile des deutschen Volkes bedurft, um wenigstens die schwersten Auswirkungen des Versailler Vertrages abzuwenden, die unser Vaterland in seinem Dasein bedrohten und das wirtschaftliche Gedeihen ganz Europas in Frage stellten.

Deutschland hat den Vertrag unterzeichnet, ohne damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei. Dieser Vorwurf läßt unser Volk nicht zur Ruhe kommen und stört das Vertrauen unter den Nationen. Wir wissen uns eins mit allen Deutschen in der Zurückweisung der Behauptung der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege und in der festen Zuversicht, daß dem Gedanken eines wahren Friedens, der nicht auf Diktaten, sondern nur auf der übereinstimmenden und ehrlichen Ueberzeugung freier und gleichberechtigter Völker beruhen kann, die Zukunft gehört.

Berlin, den 28. Juni 1929.

Der Reichspräsident
gez. von Hindenburg
Die Reichsregierung
gez. Müller

gez. Stresemann gez. Groener gez. Curtius gez. Dr. Wirth gez. Dr. Schätzel gez. Wissell gez. Dr. Hilferding gez. Severing gez. Dietrich gez. v. Guérard gez. Dr. h. c. Stegerwald.

•

Der Deutsche Offiziersbund,

Landesverband Sachsen,

schreibt: Mannigfaltiger Art waren die Beweggründe, mit denen die Staatsmänner der Entente Aufnahme des berüchtigten Artikels 231 (Kriegsschuldlüge) in den Friedensvertrag der Welt gegenüber rechtfertigen zu können glaubten. Einer der wesentlichsten war die Behauptung, daß Deutschland den Weltkrieg mit Vorbedacht entfesselt habe. Wir wissen, daß dieser Satz eine der furchtbarsten und verhängnisvollsten Verfälschungen der Wahrheit bedeutet, die je in der Weltgeschichte vorgekommen sind. Aber auch im Ausland beginnt mehr und mehr sich eine andere, vielfach geradezu entgegengesetzte Auffassung durchzusetzen. Der während des Krieges durch eine gewissenlose Propaganda gegen Deutschland gezüchtete Haß, der den freien und nicht voreingenommenen Blick hindert, ist allmählich einer ruhigeren Stimmung gewichen. Zahlreiche hervorragende Gelehrte und Politiker des Auslandes haben sich in ehrlichem Wahrheitsstreben der Erforschung der Kriegsursachen zugewandt und sind ganz eindeutig von der Lüge, daß Deutschland den Krieg gewollt habe, abgerückt.

Nach Zitaten solcher Aussprüche, wie sie auch von uns in der gestrigen Ausgabe wiedergegeben worden sind, heißt es dann weiter: **Wenn trotz des erdrückenden, zu Deutschlands Gunsten sprechenden Beweismaterials die amtlichen Stellen der ehemaligen Ententestaaten noch immer nicht von der Kriegsschuldlüge abrücken und den § 231 preisgeben wollen, so ist es demgegenüber**

Aufgabe des deutschen Volkes,

durch seine einmütige und unerschütterliche Haltung dem Auslande immer wieder zu bekunden, daß es nicht willens ist, dieses verlogene und ehrenrührige Urteil für alle Zeiten stillschweigend hinzunehmen. Je geschlossener und willensstärker Deutschland in dieser Schicksalsfrage zusammensteht, desto weniger wird die Lüge des § 231 aufrechterhalten sein. Am 28. Juni jährt sich zum 10. Male der Tag, an dem die Vertreter des deutschen Volkes durch die brutale Macht der „Sieger" gezwungen wurden, ihre Unterschrift unter jenes fürchterliche Dokument zu setzen, das unser Reich verstümmelte und unser Volk auf Generationen hinaus zu Sklaven der „Siegerstaaten" machte. Möchte die Welt an jenem Tage widerhallen von dem Aufschrei eines geknechteten Volkes, das in heißem Ringen um seine Ehre und seine Zukunft steht!

Ein Schreiben des Kyffhäuserbundes an die Reichsregierung.

)(**Berlin.** Der **Vorstand des Deutschen Reichskriegerbundes „Kyffhäuser"** hat, wie er bekanntgibt, an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt, **daß der Reichskriegerbund „Kyffhäuser" es sich zur Aufgabe gemacht habe, im Jahre 1929, das den zehnjährigen Jahrestag der erzwungenen Unterschrift unter das Diktat von Versailles bringe, das deutsche Volk zu einem planmäßigen und kraftvollen Kampf gegen die Kriegsschuldlüge aufzurufen. Der Bund fühle sich dazu berufen, weil er sich frei fühle von allen parteipolitischen Absichten, und weil seine Mitglieder sich ganz besonders in ihrer Soldatenehre verletzt fühlten durch die Mantelnote, die ihnen verbrecherische Kriegsführung vorwirft. Es sei zu hoffen, daß die von dem Bund seit längerer Zeit eingeleitete Bewegung gegen die Kriegsschuldlüge durch die Kundgebungen am 28. Juni d. J. neue Stoßkraft gewinnen und über alle Parteiunterschiede hinweg jene Einigkeit erzwingen werde, die allein die Möglichkeit zu der Geschlossenheit des Handelns nach außen gibt. Einigkeit im Wollen sei vorhanden, nur der Weg sei umstritten. Schon jetzt sei der Beweis erbracht, daß jeder erfolgversprechende Schritt der Regierung zur Beseitigung der Lüge den größten und freudigsten Widerhall in allen Kreisen der Bevölkerung finden würde, und daß es an der Zeit sei, in großzügiger Weise die Zweifel der Welt zu zerstreuen. Im Namen seiner 8 Millionen Mitglieder bitte der Kyffhäuserbund die Reichsregierung dringend, jedes mögliche Mittel anzuwenden, um als notwendige Vorbedingung jeder Völkerversöhnung die Versailler Kriegsschuldthese zu Fall zu bringen.**

•

Die VSV. zum 28. Juni.

* **Berlin.** (Telunion.) Die **Vereinigten Vaterländischen Verbände** bringen zum 28. Juni folgende **Kundgebung:**

„Die offenliegenden Akten der kaiserlichen Regierungen sind ein untrüglicher Beweis, daß Deutschland nicht schuld am Kriege war.

Sein Kaiser hatte nur ein Ziel, seinem Volke im Frieden das Erbe der Väter zu wahren.

Historiker, Parlamentarier und Staatsmänner der ganzen Welt haben bereits die Nichtschuld Deutschlands anerkannt.

Darum fordern wir von der Reichsregierung: Auf dem Boden des amtlichen Widerrufs der Kriegsschuldlüge ist der Kampf um die Revision des Versailler Diktates und der Folge-Verträge aufzunehmen."

Präsidium der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands
gez. Graf von der Goltz.

•

Die Deutsche Sängerschaft

schreibt: „Reinen Herzens sind wir zur Verteidigung des Vaterlandes ausgezogen, und mit reinen Händen hat das deutsche Heer das Schwert geführt. Deutschland ist jederzeit bereit, das vor unparteiischen Richtern nachzuweisen." Die Deutsche Sängerschaft gelobt dem deutschen Reichspräsidenten, der diese Worte am Tannenbergdenkmal sprach, auch hierin treue Gefolgschaft. Sie fordert um des deutschen Volkes Ehre und Lebens willen, daß das Kriegsschuldurteil des Artikels 231, das eine Lüge ist, beseitigt und daß ein internationaler Ausschuß von Sachverständigen eingesetzt werde, der ein unparteiisches, wissenschaftlich begründetes Urteil abzugeben hat. **Die Deutsche Sängerschaft fordert fernerhin von den Regierungen des Deutschen Reiches und der Länder, daß sie die scharfe Waffe unserer Schuldlosigkeit mit mehr Kraft gebrauchen als bisher.**

•

Der Danziger Volkstag zur Wiederkehr des Tages von Versailles.

)(**Danzig.** Der Volkstag gedachte zu Beginn der gestrigen Sitzung der 10. Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Versailler Vertrages durch Abgabe einer von sämtlichen deutschen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten unterzeichneten Erklärung, die folgenden Wortlaut hat:

Am 28. Juni 1929 sind zehn Jahre vergangen seit dem Tage, an welchem in Versailles der Friedensvertrag unterzeichnet wurde. An diesem ernsten Gedenktag gehen unsere Gedanken zuerst trauernd zu den Gräbern der Millionen Gefallenen, die Opfer des furchtbaren Weltkrieges wurden. Der Friedensvertrag löste die fast rein deutsche Bevölkerung der Freien Stadt Danzig gegen ihren ausgesprochenen Willen vom Deutschen Reiche. Schwere seelische und wirtschaftliche Belastungen sind für unser Land dadurch eingetreten, aber die Freie Stadt Danzig hat in den vergangenen zehn Jahren, die ihr durch den Vertrag auferlegten Pflichten loyal erfüllt. Am heutigen Gedenktage senden wir dem deutschen Volke unsere brüderlichen Grüße, wobei wir mit aller Bestimmtheit und Ueberzeugung feststellen, daß die nunmehr zehnjährige Trennung die innere und kulturelle Verbundenheit der Danziger Bevölkerung mit dem deutschen Volke in keiner Weise hat beeinträchtigen können.

Das Haus nahm diese Erklärung stehend entgegen. In der Diplomatenloge nahm der deutsche Konsul an dem feierlichen Akt teil. Nach Abgabe der Erklärung vertagte sich das Haus auf eine Viertelstunde.

•

Die zur Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der sächsischen Wirtschaft

zusammengeschlossenen Organisationen des sächsischen Handels, Handwerks, der Industrie und Landwirtschaft veröffentlichen anläßlich der Wiederkehr des Tages der **Unterzeichnung des Versailler Vertrages** folgende Kundgebung:

Zum zehnten Male jährt sich der Tag, an dem Deutschland durch die Folgen des verlorenen Krieges, der Hungerblockade und innerer Uneinigkeit zur **Unterzeichnung des Versailler Vertrages gezwungen wurde.** Hat sich auch in den vergangenen Jahren der **unbeugsame Lebenswille** des deutschen Volkes, die **rastlose Schaffenskraft** seiner Wirtschaft in zähem Widerstand gegenüber diesem sinnlosen Werke der Knebelung und Vernichtung behauptet, haben auch harte wirtschaftliche Notwendigkeiten und vernunftmäßige Erwägungen die **teilweise Wiedereingliederung Deutschlands in den friedlichen Güteraustausch** der Welt ermöglicht, so konnte doch bisher nur ein kleiner Teil der durch Haß und Abneigung künstlich gegen die Freiheit des Wirtschaftsverkehrs aufgerichteten Schranken niedergelegt werden. Die festen Grundlagen für eine auf Vertrauen beruhende wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der Völker fehlen fast noch allerorten.

Noch sind Fragen von großer nationaler aber auch wirtschaftlicher Bedeutung nicht endgültig geregelt, weil der Gedanke edlen friedlichen Wettstreits und wahren Volksmenschentums immer noch überwuchert wird von nationalistischen Erwägungen. Das schwerste psychologische Hemmnis ist ohne Zweifel die **Kriegsschuldlüge,** die von Deutschland in Zeiten der Ohnmacht erpreßte Anerkenntnis der Alleinschuld am Kriege.

Die sächsische Wirtschaft, in wichtigen Teilen vom **Fortschreiten des Gedankens internationaler Gemeinschaftsarbeit,** abhängig, ist sich am Jahrestage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages mit dem gesamten deutschen Volke darin einig, daß die Beseitigung des in diesem Vertrage enthaltenen, den historischen Tatsachen widersprechenden Kriegsschuldurteils aus Gründen **nationaler Ehre,** im Interesse der Hebung der Völkermoral und wegen der Notwendigkeit, den **wirtschaftlichen Wiederaufbau der gesamten Welt im gegenseitigen Vertrauen aller Völker zu fördern,** ein unabweisbares Erfordernis ist. Sie unterstützt mit dem gesamten deutschen Volk die zuständigen Stellen des Reiches in ihrem Kampf gegen die Kriegsschuldlüge, um durch ihre Beseitigung den Weg für eine wahre Verständigung der Völker freizumachen und hält es für notwendig, die Beseitigung des einseitig gefällten Kriegsschuldurteils durch Berufung eines neutralen **internationalen Ausschusses von Sachverständigen,** der ein unparteiisches Urteil über die Verantwortlichkeit für den Weltkrieg abgeben soll, zu betreiben.

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der sächsischen Wirtschaft

Landesausschuß des Sächsischen Handwerks.
Landesausschuß des Sächsischen Kleinhandels.
Landesgruppe Sachsen im Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels.
Sächsische Einzelhandelsgemeinschaft.
Sächsischer Landbund.
Verband Sächsischer Industrieller.

Das Reichskabinett und die Vorbereitung der politischen Konferenz.

Berlin. (Funkspruch.) Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung, die infolge der Erkrankung des Reichskanzlers wieder unter dem Vorsitz Dr. Stresemanns abgehalten wurde, mit den **vorbereitenden Arbeiten für die sich aus dem Abschluß der Pariser Sachverständigenberatungen ergebende politische Konferenz.** Es nahm dann die Berichte der Reichsminister des Auswärtigen und der Finanzen entgegen und befaßte sich insbesondere mit den die einzelnen Kommissionsberatungen betr. Fragen. Das Kabinett stellte dann einmütig die für die Haltung der deutschen Delegation maßgebenden Voraussetzungen fest.

SLUB Wir führen Wissen.